

ADF *Wadenbeißer*

Nr. 60 - 06.06.2005

EINE PUBLIKATION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHER FACHSCHAFTSMITGLIEDER (ADF)

Editorial

Hallo, liebe Leser!

Wir schauen in diese Ausgabe zurück. Zum einen auf die Proteste in den vergangenen Tagen und Wochen gegen die Einführung von Studiengebühren. Aber wir greifen auch ein Thema auf, das vor einem Jahr für viel Wirbel gesorgt hat: Das Versäumnis der Hochschulleitung, für ihr Prestigeprojekt Chipkarte auch Anwendungsmöglichkeiten zu schaffen. Was sich seitdem nicht geändert hat, lest Ihr auf Seite 4. Außerdem beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe mit dem schnellen Tod, den Merlin unter dem neuen Unipräsidenten erfahren hat (Seite 6).
Andreas Lompe

AUS DEM INHALT

**Studiengebühren:
Wirklich für die Lehre?**

Seite 4

**Chipkarte:
Anwendungen fehlen**

Seite 4

**MERLIN ist tot –
Es lebe FACTScience**

Seite 6

3.000 AKTIV GEGEN STUDIENGEBÜHREN

SUB-ROTUNDE WARNT VOR 700 € SEMESTERBEITRAG

„... und es ist uns nicht egal, wenn die Landesregierung wieder einmal über unsere Köpfe hinweg entscheiden will. Erst kaputtsparen, dann abkassieren, das machen wir nicht mit“, so die Worte auf der Abschlusskundgebung der Göttinger Demonstration gegen Studiengebühren vom 18. Mai. Nach Polizeiangaben waren 3.000 Studierende dem Aufruf von AStA, ASR und Fachschaften gefolgt. AStA-Vorsitzender Andreas Sorge (ADF) machte bei der Abschlusskundgebung von der Treppe der Aula am Wilhelmsplatz aus deutlich, dass es sich bei den Versprechungen im Zusammenhang mit Studiengebühren um „Mythen“ handelt. So ist z.B. das Versprechen, dass die Einnahmen der Hochschulen verbleiben, bereits jetzt gebrochen, da die Gelder in der Höhe der erwarteten Einnahmen bereits durch das Ende 2003 beschlossene „Hochschuloptimierungskonzept (HOK)“ weggekürzt wurden. Auch Uni-Präsident von Figura wurde kurz vorstellig und erklärte den versammelten Studierenden, warum er für Studiengebühren eintritt. Allerdings waren die bereits zitierten Mythen leicht zu



Am 18. Mai beteiligten sich 3.000 Studierende an der Demo zum Wilhelmsplatz.

entlarven und entsprechender Unmut entlud sich. Leider wurde die Stimmung von Vertretern von schwarz-rot-kollabs gezielt dazu missbraucht, die als Rednerbühne dienende Treppe zu stürmen und so die friedlich demonstrierenden Studierenden zu diskreditieren (siehe hierzu auch Artikel auf S. 2).

Ein Hauch von Christo auf dem Campus

Am darauffolgenden Mittwoch, dem 25. Mai, wurde vom AStA

in einer spektakulären Aktion à la Christo die SUB-Rotunde mit 450 Quadratmetern Stoff verpackt. In gelben Lettern ist weithin sichtbar zu lesen: „700 € Semesterbeitrag ab 2006 – erst kaputtsparen, dann abkassieren“. Damit macht der AStA darauf aufmerksam, dass die Landesregierung zum Wintersemester 2006 Studiengebühren einführen will. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt bereits vor (siehe Artikel zur NHG-Reform, S. 5). Zuzüglich zu den avisierten 500 € Studiengebühren

wird nämlich wie bisher der hohe Semesterbeitrag von 160 € fällig werden, von dem bereits jetzt 75 € als sogenannter „Verwaltungskostenbeitrag“ ohne jede Gegenleistung im Haushaltsloch des Landes verschwinden – Tendenz steigend. „Erst kaputtsparen“ – durch die in den letzten beiden Jahren beschlossenen Kürzungen runden HOK I und II – „dann abkassieren“ durch Studiengebühren, dagegen wehren wir uns.

Forts. auf S. 2

Forts. von S. 1:

NORDDEMO IN HANNOVER: VIEL LOS, ABER SCHLECHT KONZIPIERT

Am vergangenen Donnerstag, dem 2. Juni, wurde der Protest gegen Studiengebühren zu den Verantwortlichen getragen – zu der Landesregierung nach Hannover. Aus Göttingen machten sich mit einem vom AStA organisierten Sonderzug und einem weiteren Regionalzug insgesamt ca. 600 Studierende mit dem Semestericket auf. Zu der Norddemo hatten im Vorfeld Studierendenvertretungen aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg und weiteren Bundesländern aufgerufen. Parallel fanden noch weitere dezentrale Demonstrationen gegen Studiengebühren im gesamten Bundesgebiet statt.

Die Veranstalter schätzten, dass in Hannover 8.000 Menschen auf der Straße waren, die Polizei geht von 3.000 aus.

„DU BIST NICHT MEINER MEINUNG, ALSO DARFST DU NICHT MITDEMONSTRIEREN“

Um 13 Uhr begann die erste Kundgebung auf dem Opernplatz in der Hannoveraner Innenstadt. Leider wurden gleich zu Beginn von der Redeleitung Studierende aus Verbindungen von der Teilnahme an der Demonstration ausgeschlossen, mit der mehr als mauen Begründung, man sei halt links und solidarisch und daher dürften die nicht mit. Man muss schon fast von Glück sprechen, dass bei der Auftaktkundgebung die Redebeiträge nicht zu verste-

hen waren.

Und auch sonst überzeugte das Konzept nicht. In einem mehrstündigen Lauf- und Kundgebungs-marathon wurden die Leute zunächst zum Finanzministerium, zur Sparkasse (hier sollte wohl ganz offensichtlich das Bedürfnis des antikapitalistischen Blocks erfüllt werden, dem sich auch Göttinger Basisdemokraten und Kollabsianer anschlossen), zum Steintor, zum Landtag, zum Wissenschaftsministerium (MWK), zum Arbeitsamt und schlussendlich um 18 Uhr zur Uni geführt. Wer von „Alles für alle“ und „Gegen die Grausamkeiten der Agenda 2010“ noch nicht genug hatte, wurde vor dem Arbeitsamt noch Zeuge eines Farbbeutelanschlags und durfte dem Redner

für sein beherztes Eintreten gegen die EU-Verfassung lauschen. Vor dem sich für die Einführung von Studiengebühren verantwortlich zeichnenden MWK war denn auch selbst den Hartgesottensten die Puste ausgegangen, sodass der Auftritt des bereits stark gelichteten Demozugs nur noch lächerlich war und man sich fragte, ob man hier nicht eigentlich schon für Studiengebühren demonstriert?

Letztlich war aber trotz der mangelhaften Ausführung das Zusammenbringen der Leute in Hannover schon ein Erfolg und macht Mut für eine Fortsetzung mit mehr Leuten – vielleicht dann auch unter einer etwas anderen Prämisse: dass alle Kommilitonen mitdemonstrieren dürfen und mit

Göttingen gemeinsam gegen Studiengebühren? Oder: die Fabel vom Frosch und dem Skorpion

von *Andreas Sorge*

So mancher Teilnehmer an der Demonstration vom 18. Mai hat sich nicht wirklich wohl gefühlt angesichts diverser Parolen, die vom den Zug begleitenden Lautsprecherwagen ausgingen. Dazu kam es folgendermaßen: Der AStA hatte einen Lautsprecherwagen genehmigt, allerdings unter der Auflage, dass er nicht wieder wie 2003 als Wahlkampfplattform missbraucht und dieses Mal konstruktiv für die Demonstration eingesetzt wird. Letzteres war leider nicht der Fall, als der Wagen den Demonstrationzug für längere Zeit am Groner Tor behinderte. Zudem ist bei vielen Teilnehmern durch die Redebeiträge von Vertretern des Basisdemokratischen Bündnisses und der Gewerkschaften der Eindruck entstanden, als sei die Demonstration insgesamt gegen „Sozialabbau“ und das „kapitalistische System“ gerichtet, wodurch sie sich mangels Identifikation zu Recht zum Verlassen der Demo genötigt sahen.

AStA HAT GEGEN STUDIENGE- BÜHREN AUFGERUFEN – NICHT GEGEN DAS KAPITALISTISCHE SYSTEM

Wir bedauern, dass dieser falsche Eindruck entstanden ist. Der AStA hatte in Absprache mit

Hochschulgruppen und Fachschaften ausdrücklich zu einer Demonstration gegen Studiengebühren mobilisiert. Bei einem entsprechenden Treffen Anfang April, an dem auf Einladung des AStA Vertreter der Hochschulgruppen, Fachschaften und des Ausländischen Studierendenrats



(ASR) teilnahmen, war es Oppositionsführer Rafael Raschkowski von den „BasisdemokratInnen“, der angesichts der bei den Protesten gegen die Kürzungen an den niedersächsischen Hochschulen im Herbst 2003 gemachten Erfahrungen konstatierte hatte, dass es innerhalb der Studierendenschaft keinen Konsens darüber gibt, wie weit der Protest gegen Studiengebühren zu fassen sei. Logische

Konsequenz war und bleibt, dass man das tut, in dem sich alle einig sind – nämlich gegen Studiengebühren zu demonstrieren. Das, was im übrigen auch die Position der ADF ist, haben die Anwesenden bei jenem Treffen am 4. April auch eingefordert und bestätigt.

AStA, Hochschulgruppen und Fachschaften waren sich einig, gegen Studiengebühren demonstrieren zu wollen.

Und so war und ist auch klare Ansage des ADF-geführten AStA, dass die Göttinger Studierendenschaft und im übrigen auch die Studierenden bundesweit nur gemeinsam im Kampf gegen Studiengebühren erfolgreich sein können.

Schade ist, dass hier weiterhin Vertreter von schwarz-rot-kollabs und Basisdemokratischem Bündnis bei entsprechenden vom AStA organisierten Aktionen der Studierendenschaft versuchen, dem „ADF-AStA in die Parade zu fahren“ und durch gewaltsame Aktionen den großen Rest der friedlich protestierenden Studierenden zu diskreditieren sowie die Masse der gegen Studiengebühren protestierenden Studierenden mit Forderungen wie „Staatskassen plündern“ zu vereinnahmen.

RICHTIGER ODER FALSCHER PROTEST?

Auch die Einteilung der Studierenden in „richtig Protestierende“ und „falsch Protestierende“, die in der letzten Publikation des Basisdemokratischen Bündnisses und auch auf der Norddemo vom 2. Juni in Hannover vorgenommen wurde, ist zu verurteilen. Völlig abwegig ist es, auf der einen Seite sich mit allen anderen „gesellschaftlichen Gruppen“ immer und immer wieder solidarisieren zu wollen, und gleichzeitig den eigenen Kommilitonen das Mitdemonstrieren gegen Studiengebühren abzusprechen, nur weil sie ansonsten nicht die gleiche Meinung haben.

Fairerweise sei angemerkt, dass sich im Großen und Ganzen alles noch im Rahmen bewegt, und auch weiterhin von allen Seiten großes Interesse an einem gemeinsamen Auftreten der Studierendenschaft besteht. Hoffen wir also, dass sich die Fabel vom Frosch und vom Skorpion nicht noch einmal bewahrheitet. Darin sticht der Skorpion, der vom Frosch durch den Fluss geschwommen wird, kurz vorm Erreichen des Ufers zu beiderseitigem Untergange zu – und dass ohne jedes Motiv, sondern weil er aus seiner Natur heraus nicht anders könne.

einer klaren Aussage, die für alle Konsens ist – also mit einer stärkeren Fokussierung auf der Verhinderung von Studiengebühren – und nicht länger als zwei Stunden!

DIE PERSPEKTIVE: WIE GEHT'S WEITER?

Wie soll es nun weitergehen? Wichtig ist, nicht aufzugeben. Auch die HOK-Proteste 2003 waren nicht umsonst! Zwar hatte der Landtag das Kürzungspaket ungerührt durchgewunken, doch HOK II fiel bei der Sparrunde im letzten Jahr unter dem Eindruck der vorangegangenen Massenproteste vergleichsweise



Auftaktveranstaltung zu fünf Stunden Protestmarathon durch Hannover

glimpflich aus. Und dass Studiengebühren nach wie vor eine heikle Geschichte selbst für die

Landesregierung sind, zeigt auch, dass unser Ministerpräsident Wulff (CDU) Gerüchten zufolge

mittlerweile damit hausieren geht, dass er selbst Studiengebühren auch für eine schlechte Sache hält, aber seine Partei ihm das aufdrückt...

Am nächsten Dienstag, dem 14. Juni, haben wir aufgrund der Verleihung der Ehrendoktorwürde unserer Uni an Bundeskanzler Schröder eine bundesweite Medienpräsenz – Deutschland schaut an diesem Tag auf Göttingen. Der AStA wird das ausnutzen und zu einer entsprechenden Demonstration – nicht gegen und nicht für Schröder, sondern gegen Studiengebühren aufrufen. Achtet auf Plakate und die Ankündigung unter asta.uni-goettingen.de

Hintergrund

Für eine sinnvolle Hochschulpolitik – gegen Studiengebühren

Gegen die Grausamkeiten der Agenda 2010? Alles für alle – und zwar umsonst? Staatskassen plündern? Nicht mit uns!

Wir treten ein für eine sinnvolle Hochschulpolitik, die uns Studierenden ein gutes Studium ermöglicht. Genau dazu haben sich unabhängige Fachschaftsgruppen wie die DAF (Jura), ADW (Wiwi), DAS! (Sowi), UL (Agrar), UFIM (Mathe), UPS (Physik) in unserer Uni zur Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) zusammengeschlossen. Mit Erfolg: Wir sind seit 2002 nunmehr zum vierten Mal in Folge maßgeblich an der Bildung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA), der Studierendenvertretung unserer Uni, beteiligt.

WIE „POLITISCH“ IST DIE ADF?

Doch welche politische Ausrichtung hat die ADF eigentlich? Nun, während der rechts-konservative RCDS und die links-rechts-opportunistische LHG uns als „links“ beschimpfen, weil wir uns für den Beitritt der Göttinger Studierendenschaft zum bundesweiten studentischen Dachverband fzs eingesetzt haben, werden wir von der Linken in Göttingen und bundesweit als „rechts“ kategorisiert, weil wir mit unserer Konzentration auf die studentischen Interessen die Ressourcen der

Studierendenschaft dem „Kampf gegen die kapitalistische Verwertungsmechanik“ vorenthalten. Schon daran sieht man, dass man uns nicht in das klassische Rechts-Links-Schema einordnen kann. Wir orientieren uns an den studentischen Interessen, ganz ohne allgemeinpolitische Ausrichtung und unabhängig von politischen Parteien.

Zu unserer sachorientierten Arbeit gehört natürlich auch, dass wir bei landes-, bundes- oder europapolitischen Themen, die uns direkt als Studierende betreffen (z.B. Studiengebühren, BAföG oder der Bologna-Prozess), Stellung beziehen und durch politische Arbeit im Sinne der Studierenden auf die entsprechenden Organe einwirken. Die Grenze ziehen wir als ADF bei Themen, die uns nicht mehr als Studierende, sondern als Bürger des Landes Niedersachsens oder der Bundesrepublik Deutschland betreffen. Bei Asylgesetzgebung, Castor-Transporten, LKW-Maut oder Irak-Krieg sehen wir uns nicht als mandatiert an, „für die Studierenden“ zu sprechen. Dies ist unsere Formel der Ablehnung des „allgemeinpolitischen Mandats“ und des engagierten Wahr-

nehmens unseres hochschulpolitischen Mandats, das wir bei den jährlichen Uni-Wahlen von Euch erhalten – zuletzt im Januar mit überwältigenden 43% der für das Studierendenparlament abgegebenen Stimmen.

WIE WEIT GEFASST SOLLEN DIE PROTESTE GEGEN STUDIENGEBÜHREN SEIN?

Nun ist die Trennlinie zwischen Hochschulpolitik und Allgemeinpolitik nicht immer klar zu ziehen. Dies zeigt sich z.B. an der Frage, wie weit gefasst die Proteste gegen Studiengebühren sein sollen. Denn natürlich kann man nicht gleichzeitig gegen Studiengebühren sein und zu Schulgeld keine Meinung haben. Man kann auch nicht gleichzeitig die Fächervielfalt an Universitäten beschwören und zur Reduzierung der Wahlmöglichkeiten in der Schule keine Meinung haben.

Doch fragen wir einfach weiter: Für welches Schulsystem „müssen“ sich Studierende einsetzen? Eingliedrig oder doch drei- oder mehrgliedrig? Wie man sieht, kann man hier schon ganz unterschiedlicher Auffassung sein. Noch schwammiger wird

es denn erst recht bei „Sozialabbau“ und Forderungen wie „Alles für alle – und zwar umsonst“ oder „Plünderung der Staatskassen“. Die von den Linken als zwingend propagierte Logik, dass alle Studierenden, die gegen Studiengebühren sind, auch die Hartz-Gesetzgebung verabscheuen müssen und das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland an sich zu verurteilen haben, können wir nicht mittragen.

Vielmehr sind wir der Ansicht, dass sich jeder Studierende selbst seine Meinung darüber zu bilden hat und seine politischen Präferenzen auch ausdrücken können soll – nicht zuletzt bei den entsprechenden Wahlen zu den Parlamenten in Land, Bund und Europa – aber eben nicht allen anderen Studierenden aufzwingen kann. Daher beschränken wir uns bewusst auf unser hochschulpolitisches Mandat, um unsere Anstrengungen zu konzentrieren – konkret auf den Protest gegen die Einführung von Studiengebühren und allgemein auf die Vertretung studentischer Interessen.

Was passiert mit den Studiengebühren?

Wirklich alles für die Lehre?

von *Andreas Lompe*

„Die Verbesserung der Studienbedingungen ist der einzige Verwendungszweck von Studiengebühren“. Dies hat Universitätspräsident Kurt von Figura zuletzt noch einmal auf der Sondersitzung des Studierendenparlaments am 31. Mai gesagt. Doch wie glaubwürdig ist diese Aussage? Wo würden mögliche Studiengebühren tatsächlich landen?

Wie viel von den 500 Euro Studiengebühren letztendlich an der Fakultät landet, an der man studiert, dazu möchte sich die Univerwaltung momentan offiziell nicht äußern. Die Kriterien für die Mittelverteilung, mögliche Projekte und Entscheidungsverfahren seien momentan noch in der Diskussion, heißt es.

Gesichert scheint, dass es zum einen zentrale Projekte und zum anderen Mittel für Projekte einzelner Fakultäten geben soll. Der zentrale Topf wird vermutlich

relativ groß ausfallen. Auch über die Aufteilung auf die Fakultäten kann momentan nur spekuliert werden. Jedoch gilt es als ausgeschlossen, dass beispielsweise die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, die momentan ein Jahresbudget von etwa acht Millionen Euro hat, die rund zwei Millionen Euro, die die WiWi-Studenten an Studiengebühren bezahlen, zum Großteil zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre zur Verfügung gestellt bekommt. Eher zu vermuten ist, dass es neben den Abzügen für den zentralen Topf noch weitere Abzüge für Umverteilungen zwischen den Fakultäten geben wird.

Aber selbst bei dem Teil der Gebühren, der tatsächlich an der eigenen Fakultät ankommt und dort zum Beispiel für Tutorenprogramme ausgegeben wird, bleibt ein großes Problem: Wer garantiert, dass nicht neue Tuto-

renprogramme mit dem Geld aus Studiengebühren finanziert werden und gleichzeitig „aufgrund allgemeiner Mittelkürzungen“ die bisherigen Tutorenprogramme leider nicht weitergeführt werden können? Der Universität steht es im Prinzip frei, Mittel aus der allgemeinen Zuweisung des Landes von der Lehre in die Forschung umzuschichten. Wer, wie der Präsident, zwischen den Mittelkürzungen des Landes und der Einführung von Studiengebühren keinen Zusammenhang sieht, der wird wohl auch in diesem Fall einen Zusammenhang verneinen. Auszuschließen ist auch nicht, dass bereits abgeschlossene Maßnahmen nachträglich aus den Studiengebühreneinnahmen finanziert werden sollen. So war bei der Eröffnung der Studienzentrale die Rede davon, dass es sich um eine „Maßnahme im Gesamtkonzept Verbesserung der

Studienbedingungen“ handelt, zu dem auch Studiengebühren gehören. Die Hochschule könnte sich also auf den Standpunkt stellen, diese Maßnahme nur aus dem allgemeinen Haushalt vorfinanziert zu haben und die Kosten nachher auf den Studiengebührenerat umbuchen.

Auch die Vorgabe des Landes an die Universitäten, Stipendien einzurichten (wobei noch unklar ist, wie diese aussehen sollen), muss finanziert werden. Nicht auszuschließen ist, dass auch dies aus Studiengebühreneinnahmen geschehen soll.

Die Möglichkeiten, Rechenricks anzuwenden um den vollständigen Einsatz der Studiengebühren für die Verbesserung der Lehre auszuweisen, sind also sehr groß. Und die Möglichkeit, dies umfassend zu kontrollieren und gegebenenfalls aufzudecken, ist sehr gering.

Ein Jahr nach der Chipkarten-Einführung:

Anwendungen fehlen noch immer

von *Andreas Lompe*

„Meine neue Chipkarte kann ... fast nichts?!“ so titelte der Wadenbeißer zu Beginn des Sommersemesters 2004. In einem – zugegebenermaßen in Teilen etwas polemischen – Artikel haben wir kritisiert, dass die Universität einen sechsstelligen Betrag ausgibt, um alle Studierenden mit mehr oder weniger schicken Plastikausweisen auszustatten, die versprochenen Anwendungen jedoch nicht vorhanden sind oder – wie die neu eingeführte Zwangsgebühr für die Hochschulsportnutzung – den Studierenden eher Nachteile bringen. Die tausendfach verteilte Kritik an einem Prestigeprojekt der Universität hat bis ins Präsidium hohe Wellen geschlagen.

Wie sieht die Situation mehr als ein Jahr danach aus? Im Prinzip hat sich nicht viel geändert. Die Bezahlfunktion der Chipkarte ist

weiterhin nur in der Kantine im Klinikum einsetzbar. Ein Einsatz in den Mensen des Studentenwerks steht noch in den Sternen. Sollte sich das Studentenwerk zum bargeldlosen Bezahlen durchringen, würde es noch über zwei Jahre dauern, bis die Chipkarte zum Essenskauf eingesetzt werden könnte. Frühestens nach dem Umbau der Zentralmensa, der im Sommer 2007 beginnen soll, würden dort Kartenleser installiert.

Auch beim Bezahlen an den Kopierern wird sich vor 2007 nichts tun. Das Auslaufen des bisherigen Rahmenvertrags über die Kopierer zum 1. April dieses Jahres wurde nicht genutzt, um Kopierer mit Chipkartenlesern zu mieten. Der bestehende Rahmenvertrag ist von der Universität bis Ende 2006 verlängert worden. Und das, obwohl im Zuge der Diskussion über die mangelnden

Anwendungsmöglichkeiten der Chipkarte stets auf das Auslaufen dieses Vertrages als Startdatum verwiesen wurde. So werden wir weiterhin mehrere Papierkopierkarten für die verschiedenen Bibliotheken mit uns herumschleppen müssen.

Funktionen wie die Anmeldung zu Klausuren werden weiterhin

als kommende Features auf der Chipkarten-Homepage angekündigt, obwohl niemand auch nur theoretisch darlegen könnte, welche Rolle die Chipkarte hier einmal spielen soll.

Richtig düster sieht die finanzielle Bilanz der Chipkarte aus. Die Einführung hat einen sechsstelligen Betrag gekostet. Die Einsparungen, die auf die Chipkarte zurückzuführen sind (und nicht auf die davon unabhängigen SB-Funktionen) sind vergleichsweise gering und rechtfertigen nicht, warum man das Projekt Jahre bevor Anwendungen in nennenswertem Umfang in Sicht sind, startet.

Und so werden noch ein paar tausend Studierende diese Universität wieder verlassen, ohne jemals einen wirklichen Nutzen von der teuren Chipkarte gehabt zu haben.



Rechnungshof: Ex-Klinik-Vorstand schuldet Uni noch 260.000 Euro

Nachfolger: Einige Zahlungen „mittlerweile ausgeglichen“

von *Andreas Lompe*

Der Landesrechnungshof hat in seinem Jahresbericht zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes dem Klinikum schwere Versäumnisse bei der Eintreibung von Nutzungsentgelten für ärztliche Nebentätigkeiten vorgeworfen. Forderungen in Höhe von 260.000 Euro an einen als „Professor, der 1999 Aufgaben in der Leitung des Hochschulklinikums übernahm und Ende 2004 ausschied“ nur mäßig anonymisierten Arzt seien nicht eingetrieben worden.

Worum geht es? Professoren, die an einer Hochschulklinik (z.B. als Abteilungsleiter) leitend tätig sind, kann auf Antrag die lukrative Behandlung von Privatpatienten auf eigene Rechnung in den Räumen und mit Mitteln der Klinik erlaubt werden. Für die Nutzung von Klinikeinrichtungen und Personal ist ein angemessenes Entgelt, das sich an den Kosten orientiert, an die Klinik zu bezahlen.

Über allgemeine Nachlässigkeiten der selbstverwalteten Hochschulkliniken bei der Erhebung dieser Nutzungsentgelte hatte sich der Landesrechnungshof schon in seinem Bericht aus dem vergangenen Jahr mokiert. Die sehr behäbige Eintreibung der Entgelte bei einem im Klinikum an sehr verantwortlicher Stelle stehenden Arzt hat den Landesrechnungshof veranlasst, diesen „bemerkenswerten Einzelfall“ noch einmal prominent im Bericht zu veröffentlichen.

Nachdem der beamtete Abteilungsleiter im Jahr 1999 Aufgaben in der Leitung des Hochschulklinikums übernahm und aus dem Beamtenstatus in ein hochdotiertes Angestelltenverhältnis wechselte, genehmigte ihm das Hochschulklinikum, auch weiterhin entsprechend der beamtenrechtlichen Regelungen in seinem bisherigen Aufgabenfeld in Nebentätigkeit Patienten privat

zu behandeln. Obwohl der Professor für die private Behandlung von Patienten kassierte, gab er die jedes Jahr im Februar abzugebenden Jahreserklärungen, in denen die Höhe der Einnahmen von Privatpatienten anzugeben ist, über Jahre nicht ab. Auch eine für diesen Fall vorgesehene vorläufige, geschätzte Festsetzung von Nutzungsentgelten durch die Klinik unterblieb. Erst im Mai 2004 lieferte der Professor die zur Festsetzung der Nutzungsentgelte der Jahre 1999 bis einschließlich 2003 erforderlichen Angaben. Daraufhin setzte laut Rechnungshof das Hochschulklinikum Ende November 2004 für diese fünf Jahre die Nutzungsentgelte auf insgesamt rund 318 000 Euro fest.

In diesem Zeitraum zahlte der Mediziner auch die nach dem letzten Festsetzungsbeschluss zu entrichtenden Vierteljährlichen Vorauszahlungen in Höhe von knapp 19.000 Euro „unregelmäßig, zu beliebigen Zeitpunkten und in beliebiger Höhe“. Die Prüfer des Landesrechnungshofes stellten zwischen zwei und sieben Zahlungen pro Jahr, die sich zwischen 1.000 Euro und knapp 41.000 Euro bewegten, fest. Eine erkennbare Reaktionen der Hochschulklinik auf diese Eigenmächtigkeiten stellten die Prüfer nicht fest.

Die Rückstände, die teilweise bis ins Jahr 1986 zurückgehen, summieren sich nach den Berechnungen des Landesrechnungshofes zum Zeitpunkt des Ausscheidens des Professors aus dem Arbeitsverhältnis Ende 2004 auf einen Betrag von rund 260.000 Euro. Der Landesrechnungshof fordert deshalb, dass die Hochschule „unverzüglich geeignete Schritte einleitet, ihre Forderungen gegenüber dem ehemaligen Bediensteten zu realisieren“. Sollte dies kurzfristig nicht möglich sein, hätte sie zudem zu prüfen, ob

und gegebenenfalls in welcher Weise die Zahlungsansprüche abgesichert werden können.

Der neue Vorstand des Klinikums sah sich genötigt, in einer Pressemitteilung auf die Vorwürfe einzugehen und diese teilweise zu relativieren. Die vom Landesrechnungshof genannte Gesamtsumme der Nutzungsentgelte des „aus dem Dienst und dem Klinikumsvorstand ausgeschiedenen Hochschullehrers“ sei eine Maximalforderung. Diese setze sich aus mehreren unterschiedlichen Vorgängen zusammen. Dabei handele es sich um strittige, offene und bereits abgeschlossene Vorgänge. Die geschuldeten Nutzungsentgelte des Hochschullehrers aus der Zeit

seiner Vorstandstätigkeit für den Zeitraum 1999 bis 2003 seien mittlerweile ausgeglichen. Bei anderen offenen Vorgängen über den Zeitraum hinaus handele es sich um laufende Verfahren, die der Prüfung unterlägen. Der Vorstand Bereich Humanmedizin gehe davon aus, dass nach Klärung der Grundlagen für diese Bescheide der Hochschullehrer die ausstehenden Zahlungen leisten werde. Darüber hinaus stellt der Vorstand des Bereichs Humanmedizin klar, dass er – wie dem Landesrechnungshof auch bekannt – unverzügliche Schritte gegenüber dem Hochschullehrer in einem konkreten, aber noch nicht abgeschlossenen Klärungsverfahren eingeleitet hat.

Landesregierung und LHK wollen Hochschulautonomie aushöhlen

von *Ralf Mayrhofer*

Das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) wird wieder einmal novelliert. Und nicht nur die Einführung von Studiengebühren steht auf der Agenda der Landesregierung: Vielmehr scheint die Landesregierung nun auch die akademische Selbstverwaltung ins Visier ihrer Reformbestrebungen genommen zu haben.

Das Universitäten ihre ureigenen Angelegenheiten selbst organisieren und verwalten können, ist in Deutschland Jahrhunderte lang Tradition. Auch aus Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, der die Forschungs- und Lehrfreiheit verbrieft, wird eine solche institutionelle Garantie abgeleitet. Und so kommt auch den gewählten Gremien in den Universitäten, wie dem Senat und den Fakultätsräten, eine wichtige Rolle zu. Diese Rolle hat sich zwar mit der NHG-Novelle im Jahre 2002 geändert – der Senat hat viele Kompetenzen an das Präsidium abgeben müssen und wurde zum Kontrollorgan, dass das Präsi-

um wählt und abwählt –, aber das Grundprinzip blieb gleich: Die Hochschulmitglieder bestimmten auch über ihre Leitung selbst.

Das soll nun anders werden. Der neue Gesetzentwurf sieht vor, dass nicht mehr der Senat, sondern der vom Ministerium ernannte Stiftungsrat den Präsidenten und die Vizepräsidenten wählt. Dem Senat kommt nur noch ein Stellungnahmerecht zu. Da dem Senat damit auch die letzte Sanktionsmöglichkeit (die Abwahl) gegenüber dem Präsidium genommen wird, verliert er faktisch auch seine Kontrollfunktion und mutiert zum Beratungsgremium. Die fehlende Einflussmöglichkeit des höchsten gewählten Kollegialorgans (Senat) bei der Präsidiumswahl ist besonders problematisch, wenn man bedenkt, dass der Universitätspräsident nicht einmal Professor oder überhaupt Wissenschaftler sein muss. Kann man da noch von Hochschulautonomie sprechen?

MERLIN ist tot! Es lebe FACTScience?

Ab 2006 wird die „leistungsorientierte“ Mittelvergabe an der Universität Göttingen bittere Realität

von Ralf Mayrhofer

„Rückgekoppelte Autonomie“ hieß das Zauberwort, mit welchem an der Universität Göttingen die Forderung nach autonomem Fakultäten und die vom Gesetz vorgeschriebene starke Zentrale (Universitäts-Präsidium) unter einen Hut gebracht und mit dem die Georgia Augusta gleichzeitig für den immer stärker werdenden nationalen wie internationalen Wettbewerb gerüstet werden sollte. Rückgekoppelte Autonomie, das hieß vor allem MERLIN und HERAKLES, die beiden zentralen Projekte des Modernisierungsprozesses (ausführlicher siehe Wadenbeißer Nr. 55 vom 07.06.2004). Die Grundidee war einfach: Den Fakultäten werden eigene Budgets zur selbstständigen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt (Projekt HERAKLES), im Gegenzug sollten diese – vor allem die Professoren – über den Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel Rechenschaft ablegen (Projekt MERLIN: Messung der Effektivität des Ressourceneinsatzes und universitärer Leistungen durch Indikatoren). Die gesammelten Daten sollten dann in den jährlichen Budgetverhandlungen zwischen Fakultäten und Präsidium Grundlage für die neuen Budgets und neue Zielvereinbarungen sein: Wer ineffizient mit den universitären Mitteln umgeht, der bekommt im nächsten Jahr einfach weniger, weil andere mit den Geldern wohl besser umgehen können. Doch während die Fakultätsbudgets bereits seit Anfang letzten Jahres eingeführt sind, ließ MERLIN auf sich warten. Insbesondere die Professorenschaft hatte Probleme damit. Zu viele Daten, zu umständlich. Oder vielleicht doch nur viel zu transparent? Vor allem eines störte: Wenn die Daten erstmal erhoben sind, könnte ja jemand auf die Idee kommen, diese für eine formelgebundene, also „automatische“ Mittelvergabe zu verwenden. Und das ging nun gar nicht, weil

völlig unangemessen für den komplizierten und differenzierten Wissenschaftsprozess. Von Daten gestützten Budgetverhandlungen und Zielvereinbarungen redet darum heute keiner mehr: MERLIN ist tot. Der neue Uni-Präsident von Figura hat das Projekt vor einigen Wochen zu Grabe getragen. Aufatmen bei den Professoren? Mitnichten! – Denn Herr Prof. von Figura ist Mediziner aus dem Bereich Humanmedizin, und er hat der „Rest“-Universität aus seiner Fakultät etwas mitgebracht: FACTScience. Was ist FACTScience, mag man sich fragen. Ganz einfach, FACTScience ist eine Software, zur Erfassung von Drittmittel- und Publikationsdaten, insbesondere für eine leistungsorientierte Mittelvergabe in der Forschung (kurz: LOMF). Für jeden eingeworbenen Euro an Drittmitteln (z.B. von der DFG) erhält ein Professor dann LOMF-Punkte; und für Publikationen ebenfalls. Artikel in international renommierten Wissenschaftszeitschriften (sog. A-Journals) bringen besonders viele LOMF-Punkte, Artikel in B- und C-Journals weniger und Bücher zählen eigentlich gar nichts mehr. Alle anderen wissenschaftlichen Leistungen ohnehin nicht; die kann FACTScience auch gar nicht erfassen. Wer nun am Jahresende viele LOMF-Punkte hat, bekommt mehr Budget, und wer wenige Punkte hat eben weniger. Da man die Punkte praktisch nur in eine „Formel“ einsetzen braucht, um das neue Budget auszurechnen, spricht man auch von „formelgebundener Mittelvergabe“. Verteilt wird dabei zunächst nur in den Fakultäten, d.h. nur die Professoren eines Fachbereichs konkurrieren um ihre LOMF-Punkte. Zur Disposition steht im Jahre 2006 jeweils 1% des Fakultätsbudgets (aufgrund des hohen Personalkostenanteils sind dies ca. 10% der frei verfügbaren Mittel). Anscheinend ist auch

dem Präsidium aufgefallen, dass Drittmittelausgaben und Zeitschriftenveröffentlichungen nicht umfassend abbilden können, was Forschungsleistung eigentlich ausmacht. Betrachtet man die Steuerungswirkungen und den Aufwand, geriet das Projekt ohnehin zur Farce: Damit im kommenden Jahr ein paar hundert Euro zwischen den Professuren verschoben werden können, muss in diesem Jahr ein gigantischer Aufwand getrieben werden. Denn welche Zeitschriften von den zehntausenden wissenschaftlichen Journals nun A-, B-, C- oder D-Klasse sind, weiß niemand; darüber müssen sich die Fakultäten erstmal Gedanken machen. Ein objektives Kriterium gibt es ohnehin nicht und an Fakultäten mit vielen Fachkulturen, wie z.B. der Philosophischen Fakultät, ist die Einführung einer fachübergreifenden Klassifizierung praktisch schon von vornherein zum Scheitern verurteilt. Im Gegenzug tendieren die Anreizwirkungen des Systems gegen Null. Insbesondere kann man sich schon fragen, warum ein Professor, der es beispielsweise schon vorher nicht geschafft hat, 100.000 Euro an Drittmitteln

einzuwerben, es nach Einführung von LOMF hochmotiviert angeht, weil er über die Formel noch 1.000 Euro mehr, also dann insgesamt 101.000 Euro bekommt. Bei den Publikationen sieht es nicht besser aus. Vom Beginn eines „Forschungsprojekts“ über die Fertigstellung des wissenschaftlichen Artikels bis zum Ende des Begutachtungsprozesses vergehen zum Teil Jahre. Von motivierender Wirkung von LOMF kann da keine Rede mehr sein, vor allem weil aufgrund immer neuer aufbrechender Löcher im Landeshaushalt das zukünftige Universitäts- und damit auch Fakultätsbudget mehr Zufallsvariable als planbare Größe ist. Am Ende bleibt die Frage: Wozu das überhaupt? Dass die wissenschaftliche Leistung bei der Budgetvergabe eine Rolle spielen muss, steht außer Frage. Doch warum nicht an Zielvereinbarungen gekoppelte Budgets auf der Basis eines transparent gemachten Wissenschaftsprozesses (HERAKLES/MERLIN), statt stupider Erbsenzählerei ohne Anreizwirkung? Da bleibt als Fazit: Die Universität möge FACTScience dorthin zurückgeben, wo es hingört: In die Medizin.

Der Wadenbeißer im Netz

ADF-WADENBEISSER-ARCHIV IM INTERNET

Immer wieder werden wir gefragt, wo man auch ältere Ausgaben des Wadenbeißers bekommen kann, da wir uns in unseren Artikeln desöfteren auch auf frühere Ausgaben beziehen. Die Antwort ist einfach: Seit mitt-lerweile vier Jahren stellen wir zeitgleich mit Beginn der Verteilung der gedruckten Ausgabe den Wadenbeißer in elektronischer Form auf unserer Webseite

www.adf-goettingen.de

zum Download bereit. Im Wadenbeißer-Archiv liegen alle Ausgaben, die seit Oktober 2000 erschienen sind (ab Nr. 25), im pdf-Format.

Die Redaktion



BAHNSTRECKE GÖTTINGEN-NORTHEIM VOM 13. JUNI BIS 14. JULI TEILWEISE GESPERRT

Wegen umfangreicher Bauarbeiten auf der Bahnstrecke zwischen Göttingen und Northeim wird diese Strecke vom 13. Juni bis 14. Juli 2005 nur noch eingleisig befahrbar sein. Die Intercity-Züge werden meist nur mit geringen Verspätungen unterwegs sein. Fast alle Nahverkehrszüge von Göttingen in Richtung Norden und über die Südharzstrecke in Richtung Nordhausen sowie in Gegenrichtung werden jedoch durch Busse ersetzt. Nur der Zug um 13 Uhr ab Göttingen und der um 16:57 Uhr ankommende Zug werden planmäßig verkehren. In den Bussen ist die Mitnahme von Rollstuhlfahrern, Kinderwagen und Fahrrädern nur eingeschränkt möglich. Die Abfahrten

in Göttingen werden bis zu 30 Minuten nach vorne verlegt, Fahrten in Richtung Göttingen werden ebenfalls bis zu 30 Minuten länger dauern. Auch auf den anderen Streckenabschnitten wird es kleinere Fahrplanverschiebungen geben. Um die Verspätungen einigermaßen erträglich zuhalten, werden einige Intercity-Züge zwischen Göttingen und Northeim für Nutzer des Semestertickets freigegeben. Genaue Fahrzeiten lagen zum Redaktionsschluss des Wadenbeißers leider noch nicht vor, diese werden in den nächsten Tagen unter <http://bauarbeiten.bahn.de/niedersachsen-bremen/> bekannt gegeben. Außerdem wird es im Göttinger Bahnhof Sonderfahrpläne geben.

NEUE RAUCHERENTWÖHNUNGSKURSE IM KLINIKUM

Der Bereich Humanmedizin der Universität Göttingen bietet seit über zwei Jahren ein Hilfsprogramm zur Raucherentwöhnung an. Damit kann es Aufhörwilligen leichter gemacht werden, das teure Laster aufzugeben. „Das Besondere an unserem Kursangebot ist, dass wir einen umfassenden Ansatz verfolgen. Er berücksichtigt kognitive, verhaltenstherapeutische und pharmakologische Aspekte“, sagt Prof. Dr. Stefan Andreas, Leiter des Raucherentwöhnungsprogramms.

So sieht das Programm aus: Alle Kursteilnehmer führen zunächst ein ausführliches Vorgespräch mit einer Diplom-Psychologin, in dem eine Raucheranamnese erstellt wird. Anschließend nehmen sie an sechs Gruppensitzungen mit maximal 12 Personen teil, Dauer der Sitzungen jeweils 90 bis 120 Minuten. Die Sitzungen finden in wöchentlichen Abständen im Klinikum statt. Dort lernen die Teilnehmer verschiedene verhaltenstherapeutische Techniken kennen, um ihr individuelles Rauchverhalten zu beobachten und zu analysieren. In der zweiten Kurswoche legt jeder Teilnehmer einen persönlichen Stichtag fest, an dem endgültig Schluss mit den Zigaretten sein soll. Die ersten rauchfreien Wochen werden dann genutzt, um sich mit der neuen Situation auseinanderzusetzen

und Rückfällen vorzubeugen.

Ein weiteres Thema: die Bedeutung von Medikamenten als Hilfsmittel im Kampf gegen den blauen Dunst. Sie werden auch teilweise zur Unterstützung der Entwöhnung empfohlen. Zu Beginn eines jeden Treffens wird der Gehalt des Giftes Kohlenmonoxid, das durch Rauchen im Körper frei gesetzt wird, im Atem der Kursteilnehmer gemessen. Hier merken die Teilnehmer direkt die ersten Schritte der Verbesserung durch ihr Nichtrauchen.

Die bisherige Bilanz kann sich sehen lassen: Seit Februar 2003 haben etwa 275 Rauchende an dem Programm teilgenommen. Am Ende der Kurse waren 71,5 Prozent der Teilnehmer Nichtraucher. Der Raucherentwöhnungskurs wird laufend angeboten. Die Teilnahme am Kurs kostet 120 Euro. Das Programm ist von den Krankenkassen anerkannt. Deshalb werden diese Kosten bei regelmäßiger Kursteilnahme zu einem großen Teil zurückerstattet.

Die nächsten Kurse beginnen am 20. Juni und 21. Juni. Weitere Informationen und Anmeldung in der Abteilung Kardiologie, Raucherentwöhnungsambulanz bei Dipl.-Psych. Dorothea Felten, Tel.: 0551 / 39-6322, Email: d.felten@med.uni-goettingen.de.

DIE SPANISCHE AUFKLÄRUNG IN DEUTSCHLAND AUSSTELLUNG ZUR VIELFALT DER DEUTSCH-SPANISCHEN WISSENSCHAFTSKONTAKTE IM 18. JH

„Die spanische Aufklärung in Deutschland“ – das ist der Titel einer neuen Ausstellung der SUB, die bis zum 15. Juli im Foyer zu sehen ist. Die Präsentation stellt bedeutende Werke der spanischen Aufklärungsliteratur aus den Beständen der SUB vor. Diese Publikationen sowie zahlreiche Themen-Tafeln zeigen die Intensität und Vielfalt der deutsch-spanischen Wissenschaftskontakte im 18. Jahrhundert. Die Ausstellung wurde unter der Leitung von Juniorprofessor Dr. Ulrich Mücke am Seminar für Romanische Philologie der Georg-August-Universität erarbeitet.

Bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelte sich die

junge Göttinger Universität zu einem Zentrum der Spanienforschung: An der Georgia Augusta wurden die spanische Literatur der Aufklärung systematisch erworben und übersetzt sowie die Geschichte, Kultur und Literatur Spaniens gelehrt. Die Universität bildete so gemeinsam mit einigen anderen deutschen Städten den Kern eines Länder übergreifenden deutsch-spanischen Wissenschaftsaustausches und prägte die deutsche Spanienrezeption nachhaltig. Die Ausstellung „Die spanische Aufklärung in Deutschland“ ist montags bis freitags von 9 bis 22 Uhr und sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

PROJEKT ZUR VERBESSERUNG DES GÖTTINGER BUSLINIENNETZES

In einem Projekt des Instituts für Numerische und Angewandte Mathematik (NAM) zusammen mit den Göttinger Verkehrsbetriebern (GöVB) soll das Liniennetz der Göttinger Stadtbusse verbessert werden. In einer ersten Phase soll dabei der Schwerpunkt auf dem Nordosten Göttingens

durchgeführt, auf deren Daten die Arbeitsgruppe der NAM um Prof. Anita Schöbel zurückgreifen kann. Mithilfe dieser Daten soll ein mathematisches Modell entwickelt werden, in dem dann anhand verschiedener Zielfunktionen optimiert werden kann (z.B. kurze Wege zur nächsten



und dabei insbesondere dem Nordbereich der Universität, dem Klinikum und den großen Wohnheimen in diesem Bereich liegen. Ziel ist es, ohne dauerhaft zusätzliche Mittel ausgeben zu müssen, die Buslinien so umzugestalten, dass die Attraktivität für potentielle Fahrgäste deutlich erhöht wird. In den vergangenen Jahren haben die GöVB bereits mehrere Fahrgastbefragungen

Haltestelle, Direktverbindungen ohne Umsteigen oder kurze Linienwege). Zusammen mit dem Fahrgastbeirat soll dann über eine mögliche Umsetzung der mathematischen Ergebnisse diskutiert werden. Dabei können sowohl kleinere Veränderungen, wie z.B. die Verlängerung einer einzelnen Linie, als auch eine komplette Umstellung des Busnetzes die Konsequenz sein.

OFFIZIELLE ERÖFFNUNG DES GOLFZENTRUMS

Nach der endgültigen Fertigstellung des Golfzentrums der Universität Göttingen wird dieses am 9. Juni feierlich eingeweiht. Bereits seit Beginn des Sommersemesters gibt es die Möglichkeit, an zwölf Plätzen Abschlüge zu üben (siehe auch Wadenbeißer Nr. 59). Mit der endgültigen Fertigstellung der Anlage bietet das Golfzentrum jetzt auch ein Putting-Green und eine Pitching-Area. Damit kann in Zukunft auch das Putten und Schläge aus dem Sandbunker geübt werden.

Aufgrund der bisher sehr großen Nachfrage bietet das Golfzentrum zusätzliche Kurse an. Die Kosten für einen Schnupperkurs liegen bei 15 Euro für Studierende, der Intensivkurs I kostet 69 Euro; der nächste Kursbeginn ist am 16. Juni. Weitere Termine können unter www.golf.uni-goettingen.de nachgesehen werden. Am Sonntag, 12. Juni, veranstaltet das Golfzentrum von 11 bis 16 Uhr einen Tag der offenen Tür mit vielen Aktionen rund um den Golfsport.

DURCHBRUCH IM VERSTÄNDNIS DES STROMTRANSPORTS IN HOCHTEMPERATUR-SUPRALEITERN

Internationales Forscherteam entschlüsselt Mechanismen so genannter Korngrenzen in Polykristallen

Ein Durchbruch im Verständnis des Stromtransports in Hochtemperatur-Supraleitern ist einem internationalen Forscherteam mit Beteiligung von Physikern der Universität Göttingen gelungen.

Zusammen mit Experten des Brookhaven National Laboratory und des Oak Ridge National Laboratory (USA) sowie der Universität Tokio (Japan) hat

Privatdozent Dr. Christian Joob vom Institut für Materialphysik die Auswirkungen so genannter Korngrenzen untersucht: Diese entstehen im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Ausrichtung von Kristallen in supraleitenden Materialien und führen zu einer dramatischen Reduzierung ihrer Stromtragfähigkeit. Die Ursachen dafür waren bislang unbekannt. Mit der Entschlüsselung der zugrundeliegenden Mechanismen konnten die Wissenschaftler auch Wege zur Überwindung dieser Stromunterdrückung erproben. „Damit stehen jetzt eine ganze Reihe von Methoden zur Verfügung, sehr hohe verlustfreie Stromtragfähigkeiten von Hochtemperatur-Supraleitern zu erreichen“, erläutert Dr. Joob. Über die aktuellen Forschungsergebnisse informiert das Wissenschaftsmagazin *Nature* in seiner Ausgabe vom 26. Mai 2005.

Nähere Informationen gibt es auch im Internet unter <http://www.gwdg.de/~upmp/neu/Arbeitsgruppen/Jooss>.

IMPRESSUM**Redaktion**

Andreas Lompe, Ralf Mayrhofer, Andreas Sorge, Christian Zigenhorn

Chefredakteur / Layout

Andreas Lompe (V.i.S.d.P.)

Auflage

8.000 Exemplare

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion: Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text veranstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

NEU! Ab 20 Uhr geöffnet!!!

MONDAY

FUNDRAY



Bis 12 Uhr
49 Cent
Party

Crossover vom feinsten
mit DJ Ramon

Montag

Tanzhaus Alpenmax
Weender Landstraße 3-7
37073 Göttingen

Mittwoch



99
Cent
Party

Alle offenen
Getränke die ganze
Nacht für nur
99 cent!

Studenten, Zivis und Bundies erhalten
das Bonus-Ticket für nur 2€

